
Beirätedialog 2024 II:

TRANSFORMATION IN, MIT UND DURCH DEUTSCHLAND

Beirätedialog 2024 II:

TRANSFORMATION IN, MIT UND DURCH DEUTSCHLAND

Impulse für den freiwilligen Bericht
Deutschlands zum Hochrangigen
Politischen Forum der Vereinten Nationen
2025

Kurzbericht aus
dem Beirätedialog
am 9. Dezember 2024

Hintergrund

Der Sustainable Development Goals (SDG-)Fortschrittsbericht 2023 empfiehlt, die Wissenschaft umfassender in die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (VN) einzubinden. Unter anderem sollen so integrierte Politiken und Maßnahmen für eine beschleunigte Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) identifiziert werden. Auch der zweite deutsche Staatenbericht konstatiert als „Lesson Learned“, die Expertise nichtstaatlicher Akteure künftig besser in die Berichtserstellung einbinden zu wollen. In Vorbereitung des dritten deutschen Freiwilligen Nationalen Staatenberichts (Voluntary National Review (VNR)) hat die Bundesregierung einen umfangreichen Konsultationsprozess gestartet. Der Beirätedialog widmete daher im Dezember 2024 eine spezifische Sitzung der Beratung dieses Prozesses und identifizierte zentrale wissenschaftsbasierte Empfehlungen¹.

Synthese der Ergebnisse

In drei Arbeitsgruppen wurden zur Veranstaltung die folgenden Fragen diskutiert:

1. Welche Best-Practice-Beispiele für eine beschleunigte und integrierte Transformation sollten durch den VNR aufgegriffen und für das internationale Peer-Learning präsentiert werden?
2. Welche Herausforderungen — beispielsweise in den Off-track-Bereichen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie — sollten benannt werden, für deren Bewältigung Deutschland um Partner und globale Kooperationen werben sollte?

Zentrale Punkte aus den Diskussionen werden im Folgenden in drei Impulsen zusammengefasst:

1) Mit digitalen Technologien die Transformation beschleunigen

Der Zukunftspakt, der globale Digitalpakt und die im vergangenen Jahr angenommene Resolution der VN mit dem Titel „Seizing the opportunities of safe, secure and trustworthy artificial intelligence systems for sustainable de-

velopment“ (A/RES/78/265) rufen die Mitgliedsstaaten dazu auf, künftig deutlich stärker digitale Technologien und künstliche Intelligenz für eine beschleunigte Umsetzung der Agenda 2030 zu nutzen.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat bereits in seinem Jahresgutachten 2019 „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“ die Potenziale und Herausforderungen der Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung diskutiert. In den Arbeitsgruppen wurden weitere aktuelle Beispiele für erfolgreiche und erfolgsversprechende Ansätze benannt, durch die Deutschland nachhaltige Entwicklung mit digitalen Lösungen und Innovationen bereits vorantreibt und künftig noch stärker vorantreiben könnte.

Der Einsatz digitaler Technologien hat das Potenzial, Ressourcen im Gesundheitssystem effizienter zu nutzen. Beispielsweise löst seit Anfang 2023 die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) das bisherige Verfahren der Ausstellung einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) zweistufig ab, wodurch Arztpraxen, erkrankte Arbeitnehmende und deren Angehörige, die Arbeitgeber und Krankenkassen entlastet werden.

Andere Ansätze, wie z.B. der digitale Produktpass oder ressourcenschonende Präzisionstechnologien und effizientere Züchtungen im Pflanzenanbau im Agrar- und Ernährungssektor (Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), ff. S. 50), sind teils noch zukunftsweisend, da sie bislang in Deutschland noch nicht etabliert und durch verpflichtende Standarddatensätze oder zentrale Datenbanken institutionalisiert sind.

Besonders zu zukunftsweisenden Ansätzen und Lösungen sollte Deutschland frühzeitig mit anderen Mitgliedsstaaten in den Austausch treten, um das Potenzial dieser Technologien und digitalen Lösungen für die Transformation in den unterschiedlichen Sektoren von Anfang an synergetisch heben zu können. Zudem zeigen die zum Beirätedialog gesammelten Beispiele, dass das Potenzial von auf Künstlicher Intelligenz (KI)-basierten Lösungsansätzen für eine nachhaltige Entwicklung in, mit und durch Deutschland bisher noch nicht ausreichend thematisiert wird. In Anbetracht der rasant voranschreitenden globalen Entwicklung von künstlicher Intelligenz wird angemahnt, dass die Bundesregierung dieses Thema im Austausch mit den EU-Mitgliedsstaaten künftig klar priorisieren muss, um eine gemeinsame und starke strategische Positionierung im globalen Wettbewerb voranzutreiben und den Anschluss nicht zu verlieren.

¹ Hinweis: Die Beirätedialoge werden unter der Chatham-House-Rule abgehalten. Dieser folgend werden die erhaltenen Informationen von den Teilnehmenden zwar verwendet, aber nicht einer bestimmten Person oder Organisation zugeschrieben.

2) Transformation gemeinsam gestalten

Einem gesamtgesellschaftlichen „whole-of-society“ Ansatz (Bundesregierung, 2023) folgend, bedarf die Governance der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer SDGs der Teilhabe von Stakeholdern und Bürger:innen, sowohl durch Mitbestimmung als auch durch Mitgestaltung.

Deutschland hat umfangreiche Erfahrungen in der Aushandlung von integrativen Transformationspolitiken und -maßnahmen unter Beteiligung von Expert:innen, Bürger:innen und Stakeholdern gesammelt. Auf nationaler Ebene reichen diese Erfahrungen von der Einrichtung der ersten Enquete-Kommission im Jahr 1992 bis zum ersten Bürgerrat des Deutschen Bundestages, der zu dem Thema „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ gegründet wurde und seine Empfehlungen am 20. Februar 2024 in Form eines Bürgergutachtens übergeben hat.

Deutschland hat bereits ein solches Instrument zur Beteiligung von Bürger:innen und Stakeholdern an der Entwicklung und Umsetzung von integrativen Transformationspolitiken und -maßnahmen im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums (HLPF) der VN (im Jahr 2019) vorgestellt. In einem gemeinsam von Deutschland, Chile und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) organisierten Side-Event zum Thema „Just transition, but how?“ wurden Erfahrungen mit der Kohlekommission in Deutschland geteilt.

In den Arbeitsgruppen wurden von den Ratsvertreter:innen zahlreiche weitere aktuelle Beispiele für erfolgreiche und erfolgversprechende Beteiligungen von Expert:innen, Bürger:innen und Stakeholdern an der Entwicklung und Umsetzung integrativer Strategien genannt:

- Deutsche „Eiweißpflanzenstrategie“, z.B. über das Dialogforum „Nachhaltigere Eiweißfuttermittel“ und das Forum „Deutsche Agrarforschungsallianz“ (Wissenschaftlicher Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen (WBBGR))
- Deutsche Wasserstrategie (WBGU)
- Deutsches Flächenverbrauchsziel (Beirat Raumentwicklung beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB))
- Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (SRU)

Aufbauend auf der Empfehlung des Globalen Nachhaltigkeitsberichts 2023 an die Mitgliedsstaaten, auf allen Ebenen die Kompetenzen und Kapazitäten zur Aushandlung von integrativen Transformationsmaßnahmen und Politiken auszubauen, könnte die Bundesregierung dieses Thema erneut aufgreifen. Hierbei könnte diskutiert werden, wie durch Beteiligungs- und Mitbestimmungsformate Synergien identifiziert und Zielkonflikte ausgehandelt werden können, etwa zu Verteilungsfragen oder Flächenkonkurrenzen, die durch integrative Förderprogramme und

-strategien adressiert werden. Dabei sollte die Bundesregierung aber auch selbstkritisch reflektieren, warum manche Vorschläge und Wahlversprechen zur Auflösung von Zielkonflikten, wie beispielsweise das Klimageld, nicht umgesetzt wurden (SVR Verbraucherfragen).

Die Wirkung von Beteiligungsformaten und Initiativen sollte hierbei vergleichend und auf Grundlage wissenschaftlicher Forschung betrachtet werden. Da integrative Politiken und Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 zunehmend die Aushandlung grundlegender Aspekte der Daseinssicherung umfassen, wie etwa erschwinglichen Wohnraum, Nahrungsmittel und Energie, sollte die Wirkung dieser Instrumente nicht einfach vorausgesetzt werden. Die zum Beirätedialog gesammelten Beispiele für Beteiligungsformate könnten eine Grundlage für einen Austausch mit Regierungsvertreter:innen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen bieten.

3) Integrierte Umsetzungsmaßnahmen und Politiken erfordern integrierte Daten

Nicht erst die Auswirkungen der SARS-CoV-2 Pandemie auf die Umsetzung der Agenda 2030 haben gezeigt, dass etwa Bildungs- und Gesundheitsdaten durch sozioökonomische und Umweltdaten ergänzt werden müssen, um integrative Politiken und Maßnahmen, beispielsweise im Rahmen von Ansätzen, wie dem Health in All Policies Ansatz, für eine nachhaltige Entwicklung in, mit und durch Deutschland zu ermöglichen (SVR Gesundheit und Pflege, 2023). Wissenschaftliche Beratung integrativer Politiken und Maßnahmen zur beschleunigten Umsetzung der Agenda 2030 erfordert sowohl die integrative Erhebung von Daten, wie durch langfristig angelegte Haushaltsmonitorings, als auch eine Integration bestehender Daten. Anders als viele Länder niedrigen und mittleren Einkommens, verfügt Deutschland in vielen Transformationsbereichen bereits über umfassende Daten. Defizite bestehen aber weiterhin in der Integration dieser Daten (Rat SWD). Deutschland sollte diese Defizite besonders mit Blick auf Gesundheits- und Bildungsdaten durch Peer-Learning und Kooperationen mit anderen Mitgliedsstaaten adressieren (z.B. über das German Data Forum). Die Vergleichbarkeit von Daten ist hierfür sehr wichtig, da etwa Bildungsdaten in Deutschland und anderen föderalen Mitgliedsstaaten oft für einzelne Bundesländer unterschiedlich erhoben werden.

Im Gesundheitsbereich hat die Bundesregierung beispielsweise mit dem im Frühjahr 2024 in Kraft getretenen Gesundheitsdatennutzungsgesetz einen großen Fortschritt in diese Richtung gemacht. Da dieses und weitere Gesetze zur Beförderung einer integrativen Datenerhebung und Nutzung in Deutschland kontrovers diskutiert werden und noch relativ neu sind, könnte die Bundesregierung hierzu künftig weitere Kooperationen anstreben.

Mit Blick auf die integrative Erhebung und Nutzung von Gesundheits- und Bildungsdaten böten sich aufgrund der Vergleichbarkeit Kooperationen mit Mitgliedsstaaten im Rahmen der Europäischen Union an.

Ausblick: Transformation in, mit und durch Deutschland

Wissenschaftlicher Konsens zur Sinnhaftigkeit eines stärker integrativen Vorgehens ersetzt nicht die notwendigen demokratischen Aushandlungsprozesse über damit verbundene Zielkonflikte. Integrierte Science-Policy-Formate, wie der Beirätedialog, können jedoch die Sichtbarkeit und breite Auseinandersetzung der Wissenschaft mit der Agenda 2030 befördern und sie darin unterstützen, politische Aushandlungsprozesse zielgerichtet mit wissenschaftlich-gesicherten Erkenntnissen zu informieren. Die Ko-Vorsitzenden der wpn2030 und von SDSN Germany wiesen zum Abschluss des Beirätedialogs 2024 II auf die Hindernisse hin, die es hierfür zu überwinden gilt: Zunehmender Populismus und Wissenschaftsfeindlichkeit, insbesondere im Kontext eines polarisierten Wahlkampfes, erschweren es, ein breites „Gehör“ für die wissenschaftliche Beratung zu finden. Der Wissenschaft muss es gelingen, konkretere Handlungsempfehlungen überzeugend zu formulieren. Entsprechend priorisiert der Internationale Wissenschaftsrat in 2025 erneut das Thema „Synthesizing and translating scientific knowledge to inform decision-making“.

Wir empfehlen daher, bei der Präsentation des Staatenberichts zum HLPF den wissenschaftsbezogenen Aspekt des diesjährigen Themas des HLPF aufzugreifen („science- and evidence-based solutions“) und die eigenen Erfahrungen mit integrativen Science-Policy-Formaten in den Peer-Learning-Austausch mit anderen Regierungen und deren Beratungsgremien und Wissenschaftsorganisationen einzubringen.

Kontakt:
Anne Ellersiek
annekathrin.ellersiek@rifs-potsdam.de

www.wpn2030.de/beiraetedialog/

wissenschaftsplattform_ nachhaltigkeit 2030

Über den Beirätedialog

Die wissenschaftlichen Beiräte der Bundesregierung kommen zusammen, um sich über Stand und Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu beraten und somit die Kräfte wissenschaftlicher Politikberatung für Nachhaltigkeitspolitik zu bündeln und systematisch in den Dialog mit Politik und Regierung einzubringen. Der Beirätedialog wird seit 2018 von der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) gemeinsam mit dem Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany durchgeführt.

Zitation

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 & Sustainable Solutions Network Germany (Hrsg.). (2024). „TRANSFORMATION IN, MIT UND DURCH DEUTSCHLAND: Impulse für den freiwilligen Bericht Deutschlands zum Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen 2025“

DOI

10.48481/rifs.2025.014

wissenschaftsplattform_ nachhaltigkeit 2030

Über die wpn2030

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) dient als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik, um Fragen der Nachhaltigkeitspolitik zu reflektieren und die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) mit wissenschaftlicher Expertise zu unterstützen. Die Wissenschaftsplattform arbeitet unabhängig und ist systematisch eingebunden in den offiziellen politischen Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland.

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
c/o Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) am GFZ
Berliner Str. 130, 14467 Potsdam
www.wpn2030.de

Koordination und Kontakt

Dr. Annekathrin Ellersiek (annekathrin.ellersiek@rifs-potsdam.de)

Mitwirkende Autorinnen

Dr. Annekathrin Ellersiek und Sarah Löpelt

V.i.S.d.P.

wpn2030

Prof. Daniela Jacob
Prof. Mark Lawrence
Prof. Christa Liedtke

SDSN Germany

Dr. Axel Berger
Prof. Anna-Katharina Hornidge
Prof. Gesine Schwan

Wissenschaftliche Trägerorganisationen



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung